

INFO DIE LINKE.

Kiel, 11. November 2009

SCHLESWIG-HOLSTEIN

INFOBRIEF DER PARTEI DIE LINKE.SCHLESWIG-HOLSTEIN

Dank für die Wahlhilfe



Wahlziele erreicht: Wir sagen Danke!

Für die Bundestagswahl war die Partei DIE LINKE angetreten mit dem Ziel, mehr als 10% der Wählerstimmen zu erreichen, die Schleswig-Holsteinische Linke hatte das Ziel, mit mehr als 5% in den Landtag einzuziehen. Beide Ziele wurden mit 11,9% für den Bundestag und 6% für den Landtag erreicht.

Wir werden die Wahlergebnisse noch analysieren müssen, so viel aber können wir schon sagen: In Schleswig Holstein liegt unser Bundestagswahlergebnis bei 7,9%, im Kreis Herzogtum Lauenburg (Wahlkreis 10 ohne Stormarn-Süd) haben wir den Durchschnitt mit 8,2% leicht übertroffen. Und auch beim Landtagswahlergebnis liegen wir mit 6,5% über dem Landes-Durchschnittsergebnis von 6%.

Als Ergebnis dieser Wahlerfolge wird die Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag wesentlich größer sein (und zahlenmäßig stärker sein als die der GRÜNEN) und statt eines schleswig-holsteinischen Abgeordneten werden wir 2 entsenden: Cornelia Möhring und Raju Sharma.

DIE LINKE Schleswig-Holstein wird mit fünf Abgeordneten in den Landtag einziehen und was uns als DIE LINKE Kreis Herzogtum Lauenburg natürlich besonders freut, unsere Genossin Ellen Streitbürger aus Schwarzenbek wird dabei sein. Die neue Fraktion wird im Landtag für konstruktiven, frischen Wind sorgen und wir werden laufend darüber berichten.

Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern, die uns zu diesem guten Ergebnis verholfen haben, allen, die uns gewählt haben, und auch denjenigen, die mit großer Tatkraft unseren Wahlkampf unterstützt haben. Auch, wenn der Wahlkampf beendet ist, wir werden uns weiterhin einmischen und uns für soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Zu guter Letzt (aber last, not least) sei allen Genossinnen und Genossen und allen Freunden gedankt für den nimmermüden Einsatz. Diesen Erfolg haben wir gemeinsam errungen!

- Kreisverband Herzogtum-Lauenburg, 30. September 2009

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,**

die neue Ausgabe der Mitgliederzeitung des Landesrates "Info DIE LINKE" erscheint online und mit wenigen Printexemplaren. Fordert diese bitte bei der Redaktion an, wenn ihr welche wünscht.

Nach den erfolgreichen Wahlen vom 27. September widmen wir die ersten Seiten den Wahlerfolgen. Dabei muten wir euch u.a. zwei gründliche Artikel zu den Koalitionsverträgen im Bund und im Land Schleswig-Holstein zu. Als Einsicht in die zu erwartende schwarz-gelbe Politik sicher dauerhaft sehr nützlich.

Danach befassen sich mehrere Artikel ausführlich mit der Frage der MigrantInnen in unserem Land. Das war uns sehr wichtig, obwohl dadurch drei "dicke Themenkomplexe" auf euch zukommen. Der Rest der Zeitung enthält wie gewohnt ausgewählte Berichte aus den Kreisen der LINKEN..SH, und - leider immer noch - Auszüge aus Stellungnahmen zu den aktuellen innererparteilichen Auseinandersetzungen und Austritten.

- Edda Lechner für die Redaktion

In dieser Ausgabe:

SEITE 1 - 3

Wahlkampf konkret (Steinburg) und Interview mit Cornelia Möhring

SEITE 4 - 5

Bundestag: Koalitionsvertrag mit Verschlechterungen, Michael Schlecht

SEITE 6 - 8

Im Landtag gelandet; Koalitionsvertrag SH: Aufbruch zu alten Ufern, Helmut Lechner

SEITE 9 - 11

MigrantInnen, Minderheiten und Flüchtlinge in SH. von A. Dallak und Landesvorstand

SEITE 12 - 13

Aus den Kreisen des Landesverbandes

SEITE 14 - 16

Enttäuschungen, Vorwürfe, Austritte

Bundestags- und Landtags-Wahlen am 27. 9.2009

Wahlkampf konkret

Plakate, Flyer und Diskussionen - Bericht aus Steinburg

Der Kreisverband Steinburg konnte viele seiner Mitglieder bewegen, am Wahlkampf teilzunehmen. Viele nahmen den Aufruf in der Info-Zeitung DIE LINKE Ausgabe 1 wahr und meldeten sich auch von außerhalb in der Geschäftsstelle Itzehoe, um aktiv mitzuhelfen. Sie waren im August/September tagelang unermüdlich und mit Enthusiasmus dabei: Plakate in ganzen Kreisgebiet aufzuhängen, Flyer und Zeitungen an die Haushalte zu verteilen (Itzehoe, Kellinghusen, Wilster, Glückstadt, Lägerdorf, Krempe und, und, und) und mehrmals Info-Stände aufzustellen (Itzehoe, Glückstadt, Kellinghusen, Wilster) mit Verteilung von Werbeartikeln.

Um den Bekanntheitsgrad unserer KandidatInnen zu steigern, hatte der Kreisverband zusätzlich zu den landes-/bundesweiten Flyern noch einen eigenen verteilt, in dem sich die KandidatInnen vorstellten nebst den Parteiprogrammen in Kurzform. Hervorzuheben im ganzen Wahlkampf sind noch die Podiumsdiskussionen, an denen alle Parteien teilnahmen: "Politik hautnah" in der Kaiser-Karl-Schule Itzehoe. Rund 400 Schülerinnen der Schulen KKS, Berufsschule und Waldorfschule beteiligten sich an der Diskussion mit den LandtagskandidatInnen. Von der Partei DIE LINKE nahmen Ranka Prante und Anke Diercks teil.

Ein weiterer Höhepunkt war die Podiumsdiskussion im Gemeindezentrum der Laurentius-Kirche Itzehoe, zu der alle Parteien von der Kreisvertreterin der KITAS im Kreis Steinburg eingeladen waren. Die LINKE war hier wieder mit Ranka Prante vertreten.

Erwähnenswert sind diese beiden Veranstaltungen, weil DIE LINKE mit ihren Diskussionsbeiträgen sehr gut bei den Besuchern angekommen ist. Wie im gesamten Wahlkampf konnten wir auch hier feststellen, dass die LINKE eine echte Alternative zu den etablierten Parteien geworden ist und die Berührungängste verloren gegangen sind.

An dieser Stelle sei allen Kandidatinnen und allen WahlkampfhelferInnen vom Kreisvorstand gedankt. Gedankt für ihre aufopfernde, ehrenamtliche, oft zeitaufwendige Parteiliebe. Der Parteivorstand schätzt sich glücklich, solche GenossInnen in der Partei zu haben.

Die Redaktion muss hierbei noch erwähnen, dass der Wahlkampf ohne die Genossen Bernd Kunert und Hans Leber nicht so reibungslos verlaufen wäre. In ihren Händen lag die gesamte Koordination: Genehmigungen für die Stände und Plakatierung, Zusammenstellung der Flyer, Werbeartikel, Zeitungen für Haushalte und Info-Stände, Terminierungen mit WahlhelferInnen und die Herstellung des eigenen Flyers. Bernd und Hans waren dafür wochenlang jeden Tag in der Geschäftsstelle. Ihnen beiden gilt unserer besonderer Dank.

Der Kreisverband Steinburg hat bis zum letzten Tag des Wahlkampfes enorme Arbeit geleistet und viel Freizeit für die Partei geopfert.

- Die Info-Zeitschrift, Steinburg, 2/09

Bild unten:
Werbematerial für Gregor und Oskar vor dem Itzehoer Büro der LINKEN
Bild ganz unten:
Ranka Pranta will "Reichtum besteuern"



Helgoland:

DIE LINKE bei der Landtagswahl vor der FDP

Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein haben 127 Helgoländer DIE LINKE gewählt. Das entspricht 13,9 Prozent der gültigen Zweitstimmen. Damit ist DIE LINKE auf Helgoland drittstärkste Kraft. Das Desaster der SPD zeigt sich noch weit aus dramatischer. Hier verlor die Partei 20,3 Prozent und sank auf 27,0 Prozent. Die CDU verlor nur geringfügig und erreichte 30,9 Prozent. Die FDP gewann 3,9 Prozent gegenüber der letzten Landtagswahl und kam auf 12,5 Prozent. Auch die Grünen konnten ihr Ergebnis verbessern. Sie erreichten 10,5 Prozent und gewannen damit 4,7 Prozent der Wählerstimmen.

Ein noch besseres Ergebnis konnte DIE LINKE mit unserem Direktkandidaten Gerwin Bastrup erreichen. Er bekam 193 Stimmen, das entspricht 21,3 Prozent der Wählerstimmen. Peter Lehner (CDU) bekam 34,6 Prozent und lag damit knapp vor Wolfgang Kruse (SPD), der 34,2 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte.

Der Kreisverband Helgoland der Partei DIE LINKE bedankt sich bei seinen Wählerinnen und Wählern. Wir haben mit dem guten Abschneiden der Partei DIE LINKE in Schleswig-Holstein nun auch für Helgoland eine Stimme in Kiel. Im Helgoländer Wahlergebnis sehen wir eine gute Ausgangslage für unsere Bürgermeisterkandidatin Felicitas Weck. Die Bürgermeisterinnenwahl findet im Jahr 2010 statt. - 28. Sept. 2009

Interview der Woche mit Cornelia Möhring- Fraktion im Bundestag

Ich will eine gerechte Verteilung von Arbeit, Zeit und Reichtum zwischen Männern und Frauen

Cornelia Möhring, neue frauenpolitische Sprecherin der Fraktion, erklärt im Interview der Woche, was es für sie bedeutet, Feministin zu sein. Das Frauenplenum der Fraktion ist auch bei zahlenmäßiger Mehrheit der weiblichen Abgeordneten nötig. Schließlich ist es kein Verhinderungs- und Korrekturgremium, sondern ein Arbeitszusammenhang der weiblichen Abgeordneten. Einsetzen will sie sich für eine gerechtere Verteilung von Arbeit, Zeit und Reichtum zwischen Frauen und Männern.

Sind Sie Feministin?

Ja, ich bin eine Feministin. Dabei bedeutet feministische Politik für mich nicht Politik von und für Frauen, sondern eine emanzipatorische Politik, die die gesamte Gesellschaft im Blick hat. Feminismus ist ein Denkansatz, der alle Unterdrückungsverhältnisse in den Blick nimmt, Alternativen und Gegenstrategien entwickelt. Und das gemeinsam mit strategischen PartnerInnen jedweden Geschlechtes.

Sie sind neu im Bundestag und direkt als frauenpolitische Sprecherin der Fraktion gewählt worden: Welche inhaltlichen Schwerpunkte wird es in der Gleichstellungspolitik der Fraktion geben?

Das ist ein bisschen früh gefragt, weil das Frauenplenum noch keinen Arbeitsplan beschlossen hat. Aber sicher werden die Beseitigung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern, die Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft, die Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft und die Gleichstellung aller Lebensweisen Schwerpunkte der Arbeit im ersten Jahr sein.

An welchen Themen hängt Ihr persönliches Herzblut?

Eine gerechtere Verteilung von Arbeit, Zeit und Reichtum zwischen Frauen und Männern zu erkämpfen, treibt mich an. Ich finde es unerträglich mit anzusehen, dass Frauen die Verantwortung für die »Produktion des Leben« und die Reparaturarbeiten an unserer Gesellschaft wie selbstverständlich aufgebürdet wird, sie aber an der Verteilung von Ressourcen nicht in ähnlichem Maße beteiligt werden. Entscheidungen für ein Kind führen in vielen Fällen direkt in die Armut. Prekäre Beschäftigung, ungleicher Lohn,

die geringe Anerkennung von »frauenspezifischen« Berufen ebnen den Weg in die Altersarmut.

In der neuen Fraktion sind die Frauen in der Mehrheit, dennoch gibt es weiter ein eigenes Frauenplenum, mit Veto-recht zu allen Entscheidungen. Ist das denn dann noch nötig?

Das Frauenplenum ist in erster Linie kein Verhinderungs- und Korrekturgremium, sondern ein Arbeitszusammenhang der weiblichen Abgeordneten. Für diese Arbeit hat es auch eigene personelle und finanzielle Ressourcen. Diese braucht es auch künftig, unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen zwischen den Geschlechtern.

In der Fraktion gilt Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema, das als Teil aller inhaltlichen Arbeitskreise von Bedeutung ist. Wie wollen Sie das Thema in den verschiedenen Bereichen weiter etablieren?

Die Zusammenarbeit von 40 Bundestagsabgeordneten im Frauenplenum bietet vielfältige Chancen, in allen thematischen Bereichen feministische Politikansätze umzusetzen. Hinzu kommt die Möglichkeit, zu arbeitskreisübergreifenden Fragen Querschnittsarbeitsgruppen zu bilden. Damit können wir auch die Männer der Fraktion frühzeitig in die Erarbeitung wichtiger gleichstellungspolitischer Initiativen einbeziehen.

Für viele junge und nicht mehr ganz so junge Frauen ist die Frauenbewegung Schnee von gestern. Für Gleichberechtigung ist jede selbst verantwortlich, feministische Forderungen scheinen überflüssig. Ist Gleichstellungspolitik eigentlich noch zeitgemäß?

Spätestens nach dem ersten Kind merken Frauen, dass individuelle Vereinbarungen über eine gleiche Verteilung von Arbeit und Freizeit nicht ausreichen. Weil sehr starke gesellschaftliche Strukturen der Frauendiskriminierung, wie z.B. geringere Frauenlöhne, dem entgegenstehen. Um diese zu beseitigen, braucht es das gezielte politische Handeln vieler Akteure – jeden Geschlechts. Also Gleichstellungspolitik.

19.10.2009

www.linksfraktion.de, 19. Okt. 2009

Landesmitgliederversammlung

Samstag, 28. November 2009
10 – 17.30 Uhr in Nortorf
Alter Landkrug – Holsteinisches Haus
Große Mühlenstr. 13

Arbeit in folgenden Workshops:

1. Bildung
2. Umwelt und Energie
3. Soziales und Arbeitsmarktpolitik
3. Migrations- u. Minderheitenpolitik
5. Vernetzung Landtagsfraktion/ Kom munalfraktion
6. Neumitgliederwerbung und Neumitgliederbetreuung
7. Aufgaben u. Struktur des Landesrates und der LAG'n
8. Innerparteiliche Bildungsarbeit

Bitte anmelden bis zum 18.11.09

Tel: 04 31 – 73 77 01

e-Mail: info@linke-sh.de



Betreuungsgeld ist keine Lösung, sondern ein Problem

Das Betreuungsgeld wird zum verstärkten Ausstieg junger Frauen aus dem Beruf führen“, warnt die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Cornelia Möhring. ”Besonders für Familien mit geringem Einkommen stellen 150 Euro zusätzlich im Monat einen großen Anreiz dar, kleine Kinder künftig lieber selbst zu Hause zu betreuen... Die angebliche Wahlfreiheit der Eltern wird durch ein Betreuungsgeld nicht verbessert, sondern weiter eingeschränkt und die ’klassische’, aber unzeitgemäße Einverdiener-Familie zu Lasten von Frauen gestärkt. Eine echte Wahlfreiheit kann es nur geben, wenn Arbeitsplätze und Kinderbetreuungseinrichtungen in ausreichender Zahl und Qualität vorhanden sind.“

- <http://www.link-sh.de/parlament/>
Bundestag/ 29. Okt. 2009

Bundestag: Koalitionsvertrag mit vielen Verschlechterungen

Michael Schlecht, MdB, Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE

Der veröffentlichte Koalitionsvertrag bringt vor allem für sozial Benachteiligte viele Verschlechterungen. Auf der anderen Seite werden verschiedenste Klientelgruppen bedient und Kapitalgesellschaften mit Steuergeschenken bedacht. Gleichzeitig bleibt vieles unklar, wird in Prüfaufträge verpackt.

Verschärfung der Spaltung der Gesellschaft

Die einschneidendste Veränderung zeichnet sich in der Gesundheitsvorsorge und der Pflege ab. Die paritätische Finanzierung soll weiter massiv ausgehebelt werden. Dies kommt faktischen Lohnkürzungen gleich. Für Unternehmer bleibt es bei einem fixen Beitragssatz der in Zukunft nicht mehr erhöht wird. In Zukunft müssen die Versicherten alle Kostensteigerungen bei der Gesundheit alleine tragen. Da auch die Klientelpolitik für die Leistungsanbieter im Gesundheitswesen fröhliche Urstände feiert werden die Profitsteigerungen der Pharmakonzerne und die Steigerungen bei den Vergütungen der Ärzte von den Beschäftigten alleine gezahlt werden müssen. Ab 2011 soll der Weg in die Kopfpauschale beschritten werden. Dies wird einseitig zu höheren Beiträgen für Versicherte mit niedrigem Einkommen und Entlastungen bei höheren Einkommensbeziehern/innen führen. In der Pflege müssen Beschäftigte einen Sonderbeitrag für den Einstieg in die Kapitaldeckung zahlen. Wie die Ausgestaltung im Einzelnen aussieht bleibt offen.

Eine faktische Senkung des Arbeitslosengeldes II droht durch die Pauschalierungen der Energie- und Nebenkosten sowie voraussichtlich der gesamten Kosten für die Wohnung. Auch die Bekräftigung, dass regionale Besonderheiten zu berücksichtigen sind, beseitigt nicht die Gefahr der Absenkung. Kaschiert werden soll dies mit der Erhöhung des Schonvermögens, die aber nur für einen kleinen Kreis von Erwerbslosen von Bedeutung ist.

Skandalös ist die Legalisierung der bis zu 30prozentigen Unterschreitung von Tariflöhnen. Schwarz-gelb lehnt Min-

destlöhne ab. Bis Ende 2011 sollen auch die bereits eingeführten Branchen-Mindestlöhne überprüft und möglicherweise aufgehoben werden. Damit wird aus den Hungerlohnparteien Union und FDP die Hungerlohnregierung. Mit den angestrebten Erweiterungen der Hinzuverdienstgrenzen wird der Kombilohn weiter ausgebaut. Bereits heute kassieren Unternehmer, die ihre Beschäftigten mit Niedrig- und Hungerlöhnen abspeisen, faktisch neun Milliarden Euro staatliche Lohnsubvention. Kaschiert über den Mechanismus des Aufstockens unter dem Titel Arbeitslosengeld II. Diese Subventionierung wird jetzt ausgebaut. Massiv betrieben von einer Partei, die sich

lungen für Reiche verbunden ist, bleibt offen. Man kann zwar mutmaßen, dass dabei das Einkommen, ab dem der Höchststeuersatz greift, nach oben verschoben wird. Steuerpflichtige mit höherem und hohem Einkommen könnten so gegebenenfalls absolut stärker begünstigt werden als untere und mittlere Einkommen. Aber ob und wie dies aussieht läßt der veröffentlichte Koalitionsvertrag offen.

Zum 1.1.2010 geplant ist ein Sofortprogramm für Familien mit der Anhebung des Kinderfreibetrages auf 7008 Euro und der Anhebung des Kindergeldes um je 20 Euro. Die Anhebung des Kinderfreibetra-



Die neue Fraktion DIE LINKE im Bundestag

immer gerne als Partei des Subventionsabbau versucht zu profilieren.

Viele weitere Detailpunkte kommen hinzu, die für jeweils Betroffene sehr gravierend sein können.

Steuersenkungen

Die bereits beschlossene Steuersenkung mittels der erweiterten Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge zum 1.1.2010 soll erhalten bleiben. Mit weiteren Maßnahmen soll dies einen Umfang von 14 Milliarden Euro jährlich haben. Darüber hinaus sollen weitere Entlastungen „insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensbereiche sowie für Familien mit Kindern in einem Gesamtvolumen von 24 Mrd. Euro im Laufe der Legislaturperiode“ umgesetzt werden. Ein neuer Steuertarif soll zum 1.1.2011 in Kraft treten. Inwieweit dies mit Begünsti-

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

Telefon: (030) 22 75 11 70

Telefax: (030) 22 77 62 48

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

ges bringt für Besserverdienende steuerliche Erleichterungen von ca. 30 Euro je Kind. Dieses Paket dürfte fünf Milliarden Euro kosten.

Eindeutig negativ sind die beabsichtigten Änderungen der Unternehmensbesteuerung und der Erbschaftsteuer. Die Einnahmeverluste der Erbschaftsteuer mit 1,1 Milliarden Euro treffen unmittelbar die Landeshaushalte und mittelbar die Kommunen. Die Veränderungen bei der

Unternehmensbesteuerung führen zu einem Steuerausfall von 2,3 Mrd. Euro p.a., davon gehen aber nur 600 Mio., also 26% zu Lasten des Bundes. Der größte Teil entfiel auf die Länder – ca. 800 Mio. Euro p.a. – und Gemeinden – ca. 900 Mio. Euro p.a. Die Handlungsmöglichkeiten linker Politik auf Landes-, vor allem auf kommunaler Ebene werden damit weiter deutlich eingeschränkt.

Politik für „Wachstum und Aufschwung“?

Die gesamte Regierungskonzeption von schwarz-gelb basiert auf der Hoffnung, „dass die in diesem Koalitionsvertrag vereinbarte Politik zu einer spürbaren Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums führt. Insbesondere erwarten wir eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt.“

Die Steuersenkungen werden begründet mit der Stärkung von „Leistungsbereitschaft und Motivation“ und der „Beseitigung von Wachstumshemmnissen“. Behauptet wird, „steuerliche Entlastung ist Grundlage für gesunde Finanzen“. „Mehr finanzieller Spielraum ist Voraussetzung für mehr Konsum und Investition“.

Dies alles zeigt nur die völlige Ahnungslosigkeit oder Realitätsverleugnung bezüglich der Krise und ihrer Ursachen. Denn diese bestanden nicht in mangelnder Leistungsbereitschaft oder zu hohen Steuern, sondern im Gegenteil in der zunehmenden Konzentration Anlage suchenden Kapitals einerseits bei unzureichender Massenkauflkraft andererseits sowie Deregulierung und Privatisierung. Die Ursachen der Krise werden also in Wirklichkeit nicht bekämpft, sondern weiter gesteigert.

Eine Stärkung der Binnennachfrage u.a. durch den gesetzlichen Mindestlohn, Stärkung der Gewerkschaftsrechte und massiver öffentlicher Ausgabenprogramme zur Ankubelung der Binnenwirtschaft findet nicht statt. Steuersenkungen hingegen finanzieren sich erst nach Jahren maximal zu einem Drittel. Der Effekt von öffentlichen Investitions- und Ausgabe-programmen hat einen vielen größeren Wirkungsgrad auf die wirtschaftliche Entwicklung und sie wirken viel schneller. „Die Koalition ist mutig nicht mit Blick auf die Wachstumskräfte, sondern allenfalls darin, die Haushalte zu bela-

sten,“ so selbst die Kritik aus dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft.

Finanzdesaster in den öffentlichen Kassen

In den öffentlichen Kassen herrscht ein Finanzdesaster ohne Gleichen. Nach der Planung des Finanzministeriums vom August wird es 2010 zu einem Defizit von 130 Milliarden Euro bei Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen kommen. Unter Einbeziehung des Jahres 2009 droht bis 2013 insgesamt ein Fehlbetrag von mehr als 500 Milliarden Euro. Dabei ist die Bankenrettung, die am Ende auch noch hunderte von Milliarden kosten kann nicht berücksichtigt.

Vor allem aber: Es wird unterstellt, dass die wirtschaftliche Entwicklung langsam aber stetig wieder aufwärts geht. Dies ist jedoch hochgradig unsicher. Mit dem Absturz der Produktion um rund fünf Prozent werden Waren und Dienstleistungen im Umfang von 125 Milliarden Euro weniger produziert. Entsprechend sind die Kapazitäten niedriger

ausgelastet, die Arbeitslosigkeit wird deshalb deutlich ansteigen. Damit werden die Sozialkassen stärker belastet und die Binnennachfrage wird weiter deutlich geschwächt. Dies führt zu einer verschärften Belastung der wirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus nimmt in Teilen der Wirtschaft die Tendenz zur Kreditklemme immer bedrohlichere Formen an. Bereits im ersten Halbjahr 2009 waren 40 Prozent der Insolvenzen alleine (!) durch verschlechterte Finanzierungen bedingt. Schwarz-gelb hat für diese Problem faktisch nichts Substantielles anzubieten. Der Einsatz von „Kreditmediatoren“ ist geradezu lächerlich. Wir brauchen staatliche Hilfen direkt für die Betriebe an den Hausbanken vorbei. (DIE LINKE Baden-Württemberg fordert einen Finanzschuttschirm in Höhe von fünf Milliarden von der Landesregierung, die direkt an notleidende Unternehmen unter Auflagen vergeben werden sollen).

Weitere Schwächung der Binnennachfrage und wachsende Kreditklemme sind die beiden Faktoren, die die wirtschaftli-

che Entwicklung höchst unsicher machen. Ein Einbruch 2010 ist nicht auszuschließen. Aber auch ohne diese Entwicklung sind die Staatsfinanzen höchst desaströs. Ab 2011 beginnt die Schuldenbremse ihre Wirkung zu entfalten. Damit gibt es nur zwei Möglichkeiten mit den Staatsdefiziten umzugehen: Eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik und die massive Besteuerung von Reichen und Vermögenden. Dies wird nur von uns, der Linken verfolgt. Für schwarz-gelb ist diese Politik tabuisiert.

Dann werden nur massive Schnitte in den Sozialstaat bleiben. Nach wie vor droht eine Agenda 2020. Ein Sozialabbau weit schärfer als der in der Schröder/Fischer-Ära. Die haushaltstechnischen Verfahren hierfür werden jetzt vorbereitet. Allgemein wird auch bereits die Haushaltskonsolidierung als Ziel formuliert. Und es wird festgelegt, dass die Staatsquote sinken soll. Dies heißt im Klartext: Sozialabbau. Der Koalitionsvertrag wirft einen langen dunklen Schatten in die Zukunft.

Deshalb ist das Bemerkenswerte noch gar nicht einmal was jetzt bereits an sozialen Verschlechterungen im Koalitionsvertrag offenbart wird, sondern was nicht darin steht. Man muss davon ausgehen, dass es faktisch zwei Koalitionsverträge gibt. Den, der jetzt veröffentlicht wurde. Und den anderen in der Schublade, für die Zeit ab Sommer 2010. Dass dieser jetzt noch nicht veröffentlicht wird, noch keine tiefen Schnitte in den Sozialstaat verkündet werden, liegt in der Logik der Landtagswahlen begründet. Merkel hat die Sicherung der Mehrheit für schwarz-gelb im Bundesrat fest im Blick. Die Wahl in NRW am 9. Mai 2010 gerät so zur Schlüsselwahl. Danach gibt es bis Ende 2012 einen langen Zeitraum ohne Wahlen, die die Mehrheit von Union und FDP im Bundesrat gefährden könnten. Einzige Ausnahme: die Landtagswahl im Frühjahr 2011 in Baden-Württemberg. Um hier gut Rauszukommen, wurde schnell noch die Führungsfigur ausgewechselt. Und im Notfall wird dort halt mit Jamaika wei-terregiert – die Mehrheit im Bundesrat geriete nicht wirklich in Gefahr.

Ab Mai 2010 drohen die wirklich harten Schnitte. Dann kann Merkel durchgreifen. Ab Sommer wird es zur Machtprobe kommen. Dann wird sich zeigen, ob Gewerkschaften und soziale Bewegungen stark genug sind, um einen weiteren einschneidenden Schritt zur Demontage des Sozialstaates verhindern zu können. DIE LINKE wird Teil diese Abwehrkampfes sein.

- 25. Oktober 2009

Man muss davon ausgehen, dass es faktisch zwei Koalitionsverträge gibt. Den, der jetzt veröffentlicht wurde. Und den anderen in der Schublade...

Im Landtag gelandet

Liebe Mitglieder der LINKEN.

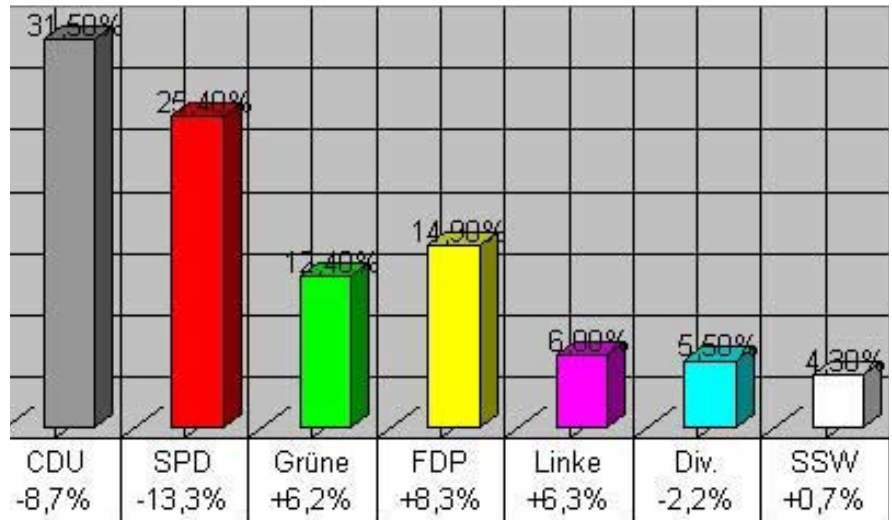
Vor zwölf Tagen haben wir gemeinsam einen riesigen Wahlerfolg errungen. Wir werden aufgrund des Wahlergebnisses vom 27. Sept. 09 mit fünf oder sechs Abgeordneten in den Kieler Landtag einziehen. Als zukünftige Abgeordnete möchten wir Euch ganz herzlich danken für Euer Engagement im Wahlkampf. Der Einzug in den Landtag ist der Erfolg der gesamten Partei...

Wir standen am Wahlabend den Medien Rede und Antwort, am Montag, dem 28.9., waren Cornelia und Antje in Berlin, u.a. zur Pressekonferenz und am Dienstag darauf hatten wir eine erste gemeinsame Sitzung der Fraktion mit Vertreterinnen des Landesverbandes.

Gleichzeitig haben wir Kontakt zur Landtagsverwaltung aufgenommen um unsere Arbeitsfähigkeit als zukünftige Fraktion zu realisieren. Viele rechtliche Fragen müssen dort noch geklärt werden. Dann haben wir uns mit dem Landtagspräsidenten getroffen und uns auch als Fraktion konstituiert.

Nach intensiver kontroverser Debatte haben wir entschieden, mit einer quotierten Fraktionsspitze zu arbeiten. Ellen Streitböcker und Heinz-Werner Jezewski wurden für ein Jahr als gleichberechtigte Fraktionsvorsitzende gewählt. Die Parlamentarische Geschäftsführung übernimmt in diesem ersten Jahr Uli Schippels...

Selbstverständlich sind in einer fünf- oder sechsköpfigen Fraktion alle Frakti-



onsmitglieder gefordert. Antje hat für dieses Jahr nicht als Fraktionsvorsitzende kandidiert, da sie noch die Doppelbelastung als Fraktionsvorsitzende in der Lübecker Bürgerschaft zu bewältigen hat. Jetzt sind wir in einer intensiven Debatte um die thematische Aufteilung unserer Arbeit und um unsere Organisation (Stichwort Geschäftsordnung).

Fünf oder sechs LINKE im Landtag

Nach dem vorläufigen Wahlergebnis der Landeswahlleiterin sind wir fünf Abgeordnete der LINKEN im Landtag, allerdings kann es sein, dass wir noch ein sechstes Mandat erreichen. Laut vorläufigem Wahlergebnis trennen uns nur ca. 200 Stimmen vom letzten Mandat. Dieses ist an die FDP gegangen. Da es am Wahlabend immer mal wieder zu Übertragungsfehlern aus den einzelnen Wahlkreisen kommen kann, ist es durchaus möglich, dass sich noch etwas ändert. So weicht das amtliche Wahlergebnis von Neumünster schon zu unseren Gunsten vom vorläufigen Wahlergebnis ab. Auch in Nordfriesland, Lübeck und Herzogtum-

Lauenburg kann es noch zu positiven Veränderungen kommen...

Wir wollen dafür streiten, dass der WählerInnenwille sich auch im Verhältnis der Abgeordneten aus den verschiedenen Fraktionen wiederfindet. Und hier ist es nun mal so, dass CDU und FDP ca. 27.000 Stimmen weniger erzielten als SPD, Grüne, SSW und LINKE zusammen. Trotzdem sollen CDU und FDP nach der Rechtsauffassung der Landeswahlleiterin drei Mandate mehr erhalten als die anderen Parteien. Wir prüfen mögliche juristische Schritte, damit der WählerInnenwille auch Ausdruck in den Mandaten findet. Das sehen nicht alleine wir so, sondern auch renommierte Verfassungsrechtler.

Wir haben zur Zeit ein kleines Aufbaubüro im Landtag installiert, welches allerdings noch keine regelmäßigen Öffnungszeiten hat.

Tel: 04 31-98 81 600.

- e-Mail, Landesgeschäftsstelle, 9.10.09

Koalitionsvertrag der neuen CDU/FDP-Regierung von Schleswig-Holstein:

Aufbruch zu alten Ufern ? Eine Untersuchung von Karl-Helmut Lechner

Flott ging es in Schleswig-Holstein zur Sache. Nichts wie rein in die Ämter, einige Probleme des Landes auf 2020 verpagt und das Wahldebakel vergessen: Innerhalb einer einzigen Woche fand die Verandelung von CDU und FDP statt. Der Koalitionsvertrag war unterschrieben, am 27. Oktober 2009 konnte Peter Harry Carstensen zum Ministerpräsidenten gewählt werden und die FDP war nach 38 Jahren erstmalig wieder in der Regierung.

Kiel. Es ist schon irgendwie pikant. Bei den auf den 27. September 2009 vorgezogenen Landtagswahlen in Schleswig-Holstein haben CDU und FDP zusammen 27.294 Stimmen weniger als ihre Konkurrenten SPD, Grüne, Südschleswigscher Wählerverband (SSW) und Linke erhalten. Dennoch können CDU und FDP mit drei Abgeordneten Vorsprung im Landtag die

Regierung bilden. Das Schleswig-Holsteinische Wahlgesetz macht's möglich!

Die CDU hatte von 40 Wahlkreisen bis auf sechs alle Direktmandate gewonnen. Um der prozentualen Verteilung der Zweitstimmen gerecht zu werden, müssen in solch einer Situation Ausgleichsmandate eingerichtet werden. Entsprechend den Ergebnissen vom 27.9.09 hätten elf Ausgleichsmandate eingerichtet werden müssen. Aber das Wahlgesetz lässt nur maximal acht Ausgleichsmandate zu. Würde man statt der acht die elf Ausgleichsmandate gewähren, lägen CDU und FDP mit einem Abgeordneten hinter den vier Parteien „links“ von ihnen.

Minderheit als Mehrheit?

Grüne und SSW streben nun eine Normenkontrollklage gegen dieses Wahlgesetz an. Die SPD beteiligt sich nicht an der Klage: Hat sie doch während ihrer Regierungszeit gerade dies Gesetz mit auf den Weg gebracht. Allerdings würde ein Erfolg der Normenkontrollklage das derzeitige Wahlergebnis nicht beeinflussen. Erst die nächste Wahl müsste unter geänderten Regeln durchgeführt werden. Wie am Wahlabend festgestellt, entfallen damit auf die CDU 34 und die FDP 15 Sitze. Die SPD zieht mit 25 Sitzen in den Landtag ein, die Grünen erhalten 12 Mandate. Auf den Südschleswigschen Wählerverband entfallen vier Sitze, auf die LINKE fünf.

Bevor diese Landesregierung so recht mit ihrer Arbeit beginnen kann, kommt es aber noch besser. Der Fraktion der LINKEN fehlen sage und schreibe vier Stimmen zu einem sechsten Landtagsmandat. In der Zeit zwischen dem vorläufigen und dem amtlichen Endergebnis hatte die Linke bei verschiedenen Kreiswahlleitern eine Nachzählung gefordert. Waren doch in diesen Tagen erhebliche Fehler bei der Auszählung festgestellt worden. Vergeblich. Die Wahlleiter und die Landeswahlleitung verweigerten eine Überprüfung. Es half nichts, darauf hinzuweisen, daß das Ergebnis insgesamt um 3328 falsch gezählte Stimmen korrigiert werden musste. Besonders peinlich war die Auszählung im Wahlkreis von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen: Der CDU mussten hier nach einer Überprüfung immerhin 601 Zweitstimmen abgezogen werden. Aus den Zahlen, die der Fraktion der Linken bekannt sind, ergibt sich eindeutig, dass landesweit die CDU von den Zählfehlern profitiert hätte, wären sie nicht bei den Überprüfungen erkannt und korrigiert worden.

Mit einem Wahlprüfungsverfahren will die Fraktion der LINKEN die Wahl anfechten und eine neue Auszählung erzwingen. Wenn die LINKE gewinnt, hätte die FDP ein Mandat weniger, die LINKE eines mehr und die Mehrheit in Kiel wäre noch dünner: Sie schrumpfte auf einen Sitz.

Was steht im Kieler Koalitionsvertrag?

Als "Aufbruch in eine bessere Zukunft" bezeichnen CDU und FDP in Schleswig-Holstein die Politik, die sie in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben. Vorrangiges Ziel sei es, "die Finanzkrise zu überwinden und die Vertrauenskrise zu bewältigen". So steht es in der Präambel des 57 Seiten starken Vertragswerkes. Den Großteil des Textes machen vage Absichtserklärungen aus. Viele konkrete Beschlüsse gibt es nicht.

Finanzen

„Lag der Haushaltsfehlbetrag des Jahres 2008 noch bei rund 300 Millionen Euro, wird er 2009 in Folge der Wirtschaftskrise voraussichtlich auf 1,3 Milliarden Euro steigen. Durch das strukturelle Defizit und den Rückgang der Steuereinnahmen sind die politischen Gestaltungsmöglichkeiten gravierend eingeschränkt. Das Land stehe vor "enormen finanzpolitischen Herausforderungen", heißt es in dem Text. CDU und FDP versprechen eine "nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik". Ziel sei es, ab dem Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen CDU und FDP bis 2020 zehn Prozent der Personalstellen des Landes abbauen - das sind etwa 5.600. In der Landesverfassung soll bis Mitte 2010 ein Neuverschuldungsverbot verankert werden, welches das Problem bis 2020 vertagt. Um die Ausgaben zurückzufahren, wollen CDU und FDP "Fördermaßnahmen, Zuschüsse und Zuwendungen deutlich reduzieren".

HSH Nordbank

Die neue Landesregierung will sich "schnellstmöglich" von der Beteiligung an der HSH Nordbank trennen und sie verkaufen.

CDU und FDP lehnen es ab, die finanziell angeschlagene Landesbank von Schleswig-Holstein und Hamburg mit weiteren Garantien oder Kapitalhilfen zu stützen. Künftig soll das Wirtschaftsministerium für die Kontrolle der HSH Nordbank zuständig sein, zuletzt war hierfür Finanzminister Rainer Wiegand (CDU) verantwortlich.

Für ihn ist dies eine echte Ohrfeige: „Dass nun dem Finanzminister die Zuständigkeit für die HSH-Nordbank entzogen wird, bedeutet, dass die neue Regierung kein Vertrauen in ihren eigenen Finanzminister hat“, kommentiert die SPD. Außerdem kritisiert sie, dass die neue Landesregierung die längst überfällige Entlassung von Dr. Nonnenmacher, dem Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank, – er ist wesentlich verantwortlich für das Desaster dieser Bank – nicht vollziehen will. „Es fehlt nur noch, dass Herr Nonnenmacher selbst am Kabinetttisch Platz nimmt. Am Krisenmanagement bei der HSH-Nordbank hängt das Schicksal des Landes Schleswig-Holstein“. SSW und SPD wollen einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank beantragen. Man darf gespannt sein, wie sich die FDP, die sich zum scharfen Kritiker der Bankenpolitik der vergangenen CDU/SPD-Landesregierung aufgeschwungen hatte, dazu verhält.

Die LINKE bezweifelt, daß die Regierung für die marode HSH Nordbank einen Käufer finden wird. "Die Bank will ihren Schwerpunkt weiter ausgerechnet im krisengeschüttelten Schiffssegment setzen. Die einseitige Ausrichtung auf Schiffsfinanzierungen wird der Bank weitaus größere Probleme bereiten als im Restrukturierungsplan angenommen. Die dort getroffenen Annahmen zur Geschäftsentwicklung sind zu optimistisch. Der Bereich Schiffsbau und -finanzierung wird sich erst später erholen als gegenwärtig für die bundesdeutsche Gesamtwirtschaft unterstellt. Angesichts der Entwicklung in den Kerngeschäftsfeldern der HSH Nordbank ist die Erwartung höchst fragwürdig, dass die Verluste im Jahr 2010 tendenziell zurückgehen und im Jahr 2011 wieder die Gewinnzone erreicht wird. Die 3 Mrd. Euro Kapitaleinschuss und 10 Mrd. Euro Bürgschaften, die Hamburg und Schleswig Holstein der HSH gewährt haben, sind perdu."

Wirtschaft

Die Koalition setzt auf Wirtschaftswachstum. Nur so könnten Arbeitsplätze entstehen, nur so könnte die finanzielle Situation des Landes verbessert werden. "CDU und FDP werden die bestehenden vielfältigen Hemmnisse für private Investitionen abbauen und dadurch das Investitionsklima in Schleswig-Holstein deutlich verbessern", heißt es im Koalitionsvertrag. Die beiden Parteien wollen verstärkt den Mittelstand fördern: "Wirtschaftspolitik ist Mittelstandspolitik", lautet das Credo. Auch den Tourismus haben die Koalitionäre als "wichtigen Wirtschaftsfaktor" im Blick.

Die Linke ist die einzige Partei, die dazu konkret Stellung bezogen hat: Die LINKE „fordert für Schleswig-Holstein ein staatliches Zukunftsprogramm in Höhe von 3,5 Milliarden Euro pro Jahr zur Bekämpfung der Krise. Die Schwerpunkte sind Infrastruktur und Landwirtschaft, Tourismus, Verkehr, Bildung, Gesundheit und Klima- und Küstenschutz. Mehr als 70.000 zusätzliche, tariflich bezahlte Arbeitsplätze würden so geschaffen. Der unseligen Praxis der Ein-Euro-Jobs (in Schleswig-Holstein gibt es ca. 12.000) muss ein Ende bereitet werden. Deren Umwandlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse kostet den Staat gerade einmal ca. 25 Mio. pro Jahr zusätzlich, während die Sozialversicherungsträger Mehreinnahmen von 58 Mio. zu verzeichnen hätten. Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung für Schleswig-Holstein ist mit 429 Millionen (Eigenanteil des Landes: 150 Millionen Euro) nicht angemessen.“

Verkehr

Die geographische Lage des Landes will die künftige Regierung nutzen, um sich "als unverzichtbare Schnittstelle zwischen Skandinavien, West-, Mittel- und Osteuropa" zu positionieren. Das Verkehrsnetz soll deshalb ausgebaut werden. Im Straßenverkehr sollen u.a. folgende Projekte Priorität haben:

- der Weiterbau der A 20 inklusive fester Elbquerung als westliche Umfahrung Hamburgs
- der Bau der festen Fehmarnbeltquerung, einer Brücke über die Ostsee von der Insel Fehmarn nach Dänemark, mit den "notwendigen Hinterlandanbindungen"
- der sechsspürige Ausbau der A 7 von Hamburg bis Bordselholm

Beim Zugverkehr will sich die Koalition für den Ausbau der Strecken Westerland-Hamburg und Kiel-Lübeck einsetzen. Bahnstrecken sollen "regelmäßig ausgeschrieben" werden, um Geld zu sparen und die Qualität des Bahnangebotes zu verbessern. Direkte Beteiligungen an regionalen Flughäfen, z.B. Kiel und Lübeck, schließen CDU und FDP aus.

Grüne und Linke bezeichnen das Projekt der Fehmarnbeltquerung als „ökonomischen und ökologischen Wahnsinn“. Sie halten das Verkehrsaufkommen nicht für groß genug, um die Brücke rentabel betreiben zu können. Zwar zahlt den größten Anteil der reinen Baukosten für die Monsterbrücke das Land Dänemark. Für Deutschland wird der Bau dennoch alles andere als gratis. Allein die Hinterlandverbindung, also unter anderem der vierspurige Ausbau der Bundesstraße 207 von Oldenburg in Holstein bis Fehmarn und die Elektrifizierung der Bahnstrecke bis Puttgarden auf Fehmarn, wird etwa 800 Mio. Euro kosten. Der Bundesrechnungshof befürchtet, dass diese Kosten auf 1,7 Mrd. Euro wachsen, wenn die Strecken 2025 fertig gestellt sein sollen.

Energie

"Der Ausbau der erneuerbaren Energien steht im Zentrum der Energiepolitik von CDU und FDP", heißt es im Koalitionsvertrag. Schon gelogen! Ziel sei, die Energieversorgung eines Tages einzig aus erneuerbaren Energiequellen sicherzustellen. Für Windparks sollen mehr Flächen zur Verfügung gestellt werden. Auf Kohle- und Atomkraftwerke könne aber "auf absehbare Zeit" nicht verzichtet werden. Die umstrittenen Schrott-Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel werden nicht namentlich erwähnt. Es heißt lediglich: "Für CDU und FDP steht außer Frage, dass die Betriebssicherheit der einzelnen Kraftwerke auf höchstem Niveau gewährleistet werden muss." Die unterirdische Speicherung des klimaschädlichen Kohlendioxids im Land wird abgelehnt. Ein Erfolg der Bürgerinitiativen in den Kreisen Nordfriesland und Flensburg, die sich vehement gegen das Einpressen von CO2 in ihren Boden gewehrt haben.

Bildung

Die Grundschulen sollen frei entscheiden können, ob sie die Kinder in der 1. und 2. Klasse "jahrgangübergreifend" unterrichten. Gegen den Willen der Schulen und ihrer Träger soll es keine Veränderungen an den Gemeinschaftsschulen sowie den aus Real- und Hauptschulen hervorgegangenen Regionalschulen geben. Auf mittlere Sicht könnten beide Schularten verschmelzen. Damit gäbe es mit den Gymnasien nur noch zwei weiterführende Regelschulen. Die Frist zur Umwandlung von Real- und Hauptschulen in Regionalschulen wird um ein Jahr verlängert. Wenn ein laufendes Volksbegehren erfolgreich ist, dürfen bestehende Realschulen bleiben und neue entstehen – unter einer Voraussetzung: Im "örtlichen Umfeld" muss ein Angebot mit allen Bildungsgängen erreichbar sein. Gymnasien dürfen Abitur nach zwölf oder dreizehn Jahren anbieten. Das

Angebot an Ganztagschulen soll erweitert werden. Studiengebühren für reguläre Studiengänge lehnen CDU und FDP ab. Immerhin!

"Bildungspolitischer Aufbruch sieht anders aus! Wiedereinführung der Realschulen als Angebotsschulen, Klassen für Hochbegabte, Vorschulen, bessere Förderung für Privatschulen: Das sind alles Dinge, die die Welt wirklich nicht braucht", beurteilte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den bildungspolitischen Teil des CDU/FDP Koalitionsvertrages. "Positiv ist allerdings zu vermerken, dass in dieser Wahlperiode trotz Schülerrückgangs keine Lehrerstellen gestrichen werden sollen – wenn es denn tatsächlich dabei bleibt."

Die Linke argumentiert schärfer: „Dies passt so gar nicht zu der vor allem von der CDU im Wahlkampf postulierten „produktiven Ruhe“ im Schulsystem. Angesichts des verabschiedeten Koalitionsvertrages möchte man die Regierungsparteien gerne immer wieder an diese Worte erinnern. Denn Stillstand ist besser als die Einführung dieses, wie es im Koalitionsvertrag heißt „differenzierten Schulsystems“, das nun auf die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein zukommt. Zusätzliche Schularten sollen (wieder) eingeführt werden und der Titel Gemeinschaftsschule wird vollends zum Etikettenschwindel. Ganz neu, sozusagen als Krönung der gelb-schwarzen Selektionsmaschinerie, will die Regierung erst einzelne „Hochbegabtenklassen“ und später „Kompetenzzentren für Hochbegabte“ in Schleswig-Holstein einführen....“ Die Linke fügt hinzu: „Gelb-Schwarz könnte genauso gut auch gleich per Gesetz einführen, was ohnehin schon Realität ist: die Aufteilung der Kinder auf die verschiedenen Schulformen nach der Größe des Geldbeutels ihrer Eltern. Dies wäre zumindest transparent und ehrlich.“

Familie und Frauen

Müttern und Vätern sollen "echte Wahlfreiheit" haben, ob sie die Kinder zu Hause erziehen oder eine qualifizierte Betreuung nutzen, um Familie und Beruf miteinander verbinden zu können. Der "bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung" soll deshalb vorangetrieben werden und „hierbei ist für uns Inklusion eine Grundhaltung.“ Tatsache ist, dass die Inklusion, also die Integration von Kindern mit Behinderungen, von FDP und CDU unter Finanzierungsvorbehalt gestellt wird. Kinder sollen integriert werden, wenn „dies nach den personellen und räumlichen Voraussetzungen der Schule möglich und sinnvoll ist“. Es steht zu befürchten, dass die Schwächsten in unserer Gesellschaft zukünftig - auch gegen den Willen ihrer Eltern - in „Förderzentren“ abgeschoben werden.

Noch bestehende Diskriminierungen bei gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften im Öffentlichen Dienst sollen beseitigt werden. Immerhin ein Fortschritt. Dennoch mögen die Herren gerne unter sich sein: Erst nach heftigem Rumoren selbst in der Frauen-Union präsentierte Carstensen eine einzige Frau für einen Ministerposten, den der Landwirtschaft.

Innen und Recht

"Auf eigenständige Regelungen zu Onlinedurchsuchungen und Vorratsdatenspeicherung wird verzichtet", heißt es in dem Vertragstext. Für die neue Legislaturperiode hat sich die Koalition vorgenommen, etwas gegen die zunehmende Gewalt gegen Polizisten (!) zu unternehmen. Es soll geprüft werden, ob der Rechtsschutz für Polizisten bei Zivilklagen erweitert wird. Zudem soll gelten: "Störer müssen konsequent für die durch sie verursachten Kosten eines Polizeieinsatzes haftbar gemacht werden." Erwartet uns da eine Gebührenordnung, aus der hervorgeht, was uns künftig auf der Demo der Schlag eines Polizeiknüppels auf den eigenen Kopf kosten wird?

Fazit: Vage und bedrohlich

Es ist sehr verständlich, warum diese Regierung so pfeilschnell ins Amt strebte und alle irritierenden Fragen nach ihrer Legitimation vergessen machen will. Die Erfahrung lehrt uns, daß viele vage Formulierungen in solch Koalitionspapieren eher als bedrohlich einzuschätzen sind. Wenn es ernst wird, kümmert diese Politiker eh' nicht ihr unverbindliches Geschwätz von gestern.

Im Wahlkampf versprochen

Erfreulicherweise hat die LINKE im Wahlkampf versprochen, im Landtag „knallharte Opposition“ zu machen und dies in einem „Sofortprogramm“ festgelegt:

„DIE LINKE Schleswig-Holsteins wird sich im Landtag konsequent gegen Sozialabbau und Armut, für Arbeit und Bildung, für den Schutz der Natur und für soziale Gerechtigkeit einsetzen. In Schleswig-Holstein ist heute jeder Zehnte von Hartz-IV betroffen. Die einen, weil sie über lange Zeit keine Arbeit finden, die anderen, weil sie zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen und trotz Arbeit auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Immer mehr Arbeitsplätze sind bedroht. Die Zahl der KurzarbeiterInnen steigt, die Löhne und Gehälter fallen. Bedrückend ist die Zahl der RentnerInnen, die Grundsicherungsleistungen beziehen, weil sie von ihrer Rente allein nicht leben können. Gerade in dieser Zeit ist der Staat gefordert, schützend und helfend einzugreifen. Doch die bisher im Landtag vertretenen Parteien riskieren lieber den Bankrott des Landes und scheren sich nicht um die Sorgen und Nöte vieler Menschen.“

Wir werden es nicht hinnehmen, dass in Schleswig-Holstein Kinder hungrig in den Schulen sitzen. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass in Schleswig-Holstein zigtausende Menschen keine Arbeit haben. Wir werden uns dagegen wehren, dass die Bildungschancen der Kinder vom Einkommen der Eltern bestimmt werden. DIE LINKE wird darauf hinwirken, dass die Beseitigung der Armut als Staatsziel in die Verfassung des Landes aufgenommen wird. Dazu wird die LINKE entsprechende Anträge stellen.“ Sie wird alle Kraft dazu benötigen.

- Quelle: Die Fraktion der LINKEN im Kieler Landtag

MigrantInnen und Minderheiten in den Fokus!

Die neue Landesregierung aus CDU und FDP ignoriert, ebenso wie die Große Koalition vor ihr, beharrlich die Probleme der etwa 150.000 in Schleswig-Holstein lebenden Migrantinnen und Migranten. Das beharrliche Schweigen über zum Teil inakzeptable Zustände in Schule, Ausbildung, Arbeitsmarkt und zu den Lebens-Perspektiven und Zukunftschancen führen über kurz oder lang vor allem für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zur Katastrophe.

Der Koalitionsvertrag enthält keine Verbesserungsvorschläge zur Vereinfachung einer Integration und Einbürgerung Zugezogener, besonders aus islamischen Kulturkreisen, mit nachhaltigem und generationenübergreifendem Erfolg. Die Zukunftsaussichten junger Menschen, besonders junger Männer aus Migrantenfamilien sind auch in Schleswig-Holstein derzeit von Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung geprägt. Wenn hier kein Umdenken erfolgt, belastet dieses Problem der gesellschaftlichen Spaltung künftige Generationen in sozial absolut unverträglichem Maß.

Ferner existiert seit Jahrzehnten de facto eine Zwei-Klassen-Zuwanderungspolitik. Die so genannten „Ausreisezentren“, wo laut Innenministerium „abgelehnte Asylbewerber zentral untergebracht und zu einer freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat bewegt werden sollen“ - und zwar u.a. per Quasi - Freiheitsberaubung -, verletzen eindeutig die durch das Grundgesetz auch Nicht-Staatsbürgern zugebilligte Menschenwürde, besonders von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen und traumatisierten Menschen. Laut dem Bericht des Landesbeirates für Abschiebungshaft in Schleswig-Holstein wird dieselbe vielfach, selbst nach geltender Rechtslage ungerechtfertigt, willkürlich und vorschnell angewandt.

Die Lage der hier lebenden Sinti und Roma ist nach wie vor von Ungleichbehandlung geprägt. Eine Verfassungsänderung zur Anerkennung als Minderheit wurde 1998 von der Mehrheit aus CDU und FDP abgelehnt mit der durchsichtigen Begründung, sie seien nicht „landestypisch“.

- DIE LINKE. SH, Landespolitik, 27.10.09

Kontakte: huesseyin.kent@linke-sh.de und asja.huberty@linke-sh.de



Wir fordern:

- Integration auf Augenhöhe! Das bedeutet den respektvollen Umgang mit Menschen, gleich aus welchem Kulturkreis sie auch stammen und welcher Hautfarbe sie auch sein mögen und die Chance, ein neues Leben anzufangen. Dazu gehören für uns nicht nur finanzielle Ausstattung sondern auch flächendeckende Angebote wie Sprachkurse, sowie die Gleichbehandlung bei Ämtern und Behörden.

- Gleiche Chancen für Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien in Schule, Ausbildung und Beruf! Es kann nicht sein, dass Vorurteile die Auswahlkriterien und Leistungsanforderungen bestimmen.

- Erleichterung der Familienzusammenführung! Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen!

- Abschiebeknäste schließen! Kein Mensch darf abgeschoben werden, der bei uns Schutz sucht! Keine Sammelunterkünfte, Quasi-Freiheitsberaubung, statt dessen: menschenwürdige Unterbringung!

- Kostenlose Rechtsberatung für Asylbewerber! Viel zu viele Asylanträge werden in Schleswig-Holstein aufgrund mangelnder Sprach- und Rechtskenntnisse abgelehnt und enden in den so genannten „Ausreisezentren“.

- Schaffung eines Resettlementprogrammes zur Aufnahme traumatisierter Flüchtlinge! Keine Ablehnung der Inobhutnahme minderjähriger Flüchtlinge durch das Jugendamt!

- Mehr spezielle Angebote für Bildung, Arbeit, Soziales und Kulturelles für Migrantinnen und Migranten!

- Durch eine Ergänzung des Art. 5 die Rechte aller Minderheiten so in der Verfassung verankern wie es schon exemplarisch und positiv mit der dänischen und friesischen Minderheit geschehen ist!

DIE LINKE.SH

"Land in Sicht" - statt Arbeitsverbote und Lagerleben

Vortrag von Andrea Dallak, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

auf der Veranstaltung am 26. August 2009 im "Subrosa" in Kiel mit dem gleichnamigen Film

Mit dem Film "Land in Sicht" wollen wir die Desintegration und Marginalisierung von Flüchtlingen nachvollziehbar machen. Er soll verdeutlichen, wie die konkrete Lebenssituation von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein aussieht. Und damit soll er rassistischen Vorurteilen entgegen wirken.

Fluchtursachen

Es gibt unterschiedlichste Fluchtursachen wie Krieg, Verfolgung, Verstümmelung, Fehlen von Meinungsfreiheit. Immer häufiger wird z.B. von "Umweltflüchtlingen" gesprochen, die aufgrund von Umweltkatastrophen in ihrer Heimat nicht mehr leben können. Leider gibt es für diese guten Gründe für eine Flucht keine gesetzliche Anerkennung - also werden die Schutzsuchende nicht als Flüchtlinge anerkannt und erhalten kein Bleiberecht in Deutschland.

Gerade die Anzahl der nicht anerkannten Flüchtlinge werden in den nächsten Jahren steigen: Schätzungen von UNHCR besagen, dass es bis 2025 allein in Afrika 135 Mio. Globalisierungsflüchtlinge und bis 2050: weltweit 150 Mio. Klimaflüchtlinge geben wird.

Als "Wirtschaftsflüchtlinge" werden Personen diffamiert, die keine Möglichkeit haben, ihre Familien oder sich selbst zu ernähren. Auch wenn hier die Freiwilligkeit der Wanderung angenommen wird, sind diese Personen aufgrund von Hunger und Elend zum Verlassen ihrer Herkunftsregion gezwungen.

Zu begrüßen wäre es, wenn die Fluchtursachen erfolgreich bekämpft werden und kein Mensch mehr gezwungen ist, die Herkunftsregion unfreiwillig zu verlassen. Leider ist es in absehbarer Zeit nicht realistisch, dass weltweit die Menschenrechte anerkannt, Kriege beendet, Armut verhindert und die Umwelt besänftigt wird. Auch Europa trägt eine Verantwortung für Fluchtgründe in der Welt - dieser Verantwortung sollte mit einer die Flüchtlinge unterstützenden Politik Rechnung getragen werden. Doch anstatt seine Möglichkeiten der Flüchtlingsaufnahme weiter zu entwickeln, reagiert Europa auf diese Entwicklungen mit Abschottungsmaßnahmen.

Ein Beispiel: Fisch

Noch bis Ende der 90er Jahre haben die BewohnerInnen an den Küsten Westafrikas vor allem vom florierenden Fischfang

gelebt. Mit ihren Pirogen fuhren sie täglich aufs Meer und landeten so viel Fang an, dass er nicht nur zur Ernährung der eigenen Familien reichte, sondern der Verkauf weiteren Umsatz zur Befriedigung sonstiger materieller Bedürfnisse erbrachte. Mit dem Argument, heimische Arbeitsplätze zu sichern, subventioniert die EU ganze Flotten riesiger Fischtrawler, die seit Mitte der 90er Jahre die westafrikanischen Küsten leer fischen.

Von 2000 bis 2006 sind dabei allein 4,1 Mrd. EUR an Subventionen in die vor Afrikas Küsten fischenden Industrietrawler geflossen. Ein solcher Trawler fischt und verarbeitet pro Tag ca. 10 t Fisch. Allerdings wird etwa ein Drittel des Fangs als Fischkadaver wieder über Bord geworfen, weil er in Größe, Art oder Geschmack den Moden europäischer Tafeln nicht entspricht. Millionen Fische sterben, bevor sie laichfähig sind.

Das führt dazu, dass die Bestände noch mehr als allein durch die Industriefischerei schrumpfen. Damit gehen Arbeitsplätze und Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung verloren.

Eine andere Arbeit als die Fischerei oder die der Fischerei zuarbeitenden und jetzt mit ihr sterbenden Gewerbe gibt es aber an Senegals Küsten nicht. Die heimischen Märkte brechen zusammen. Mit dem Fehlen von Erwerbsarbeit breitet sich Armut aus. Wo alle Welt den freien Markt propagiert, konterkarieren die EU-Subventionen schon im Keim die Chancen der AfrikanerInnen, selbst auch nur auf dem eigenen nationalen Markt mitzuhalten.

Die "arme Welt" weiß, wie die "reiche Welt" lebt.

Das ist auch eine Folge der Globalisierung. Und die Menschen der armen Wel-

ten halten es indes nicht für gottgegeben, dass Europa unerreichbar und das arme Afrika bis zum Tod ihre Heimat bleiben muss. Also verkaufen Senegals FischerInnen ihre Pirogen an windige Geschäftemacher, die immer Konjunktur haben, wenn es den Menschen schlecht geht. Diese verkaufen ihnen für 500 bis 1.300 Euro pro Person eine Passage in eine verheißungsvolle Zukunft in einem Europa mit "goldenen Pflastern". Über 30.000



Personen, meist junge Männer, sind im letzten Jahr mit diesen Pirogen oder auf anderen Schaluppen von den Stränden westafrikanischer Länder bis auf die Kanarischen Inseln gelangt. Schätzungen besagen, dass ein Drittel bis die Hälfte dieser Boote, die voller NichtschwimmerInnen, i.d.R. ohne ausreichend Proviant und ohne kundige Schiffsführer aufbrechen, es nicht schaffen würden, ihr Ziel zu erreichen.

Doch was erwartet die, die Europa bzw. Deutschland erreichen? Lagerunterbringung, Sachmittelversorgung, Arbeitsverbote, Residenzpflicht, Zurückschiebungen innerhalb Europas nach der Dublin II Regelung und Abschiebungshaft sind wenige Stichpunkte.

Nach der Statistik des Bundesamtes für Flucht und Migration ist die Zahl der Asylanträge in den letzten Jahren rückläufig.

Im Jahr 2008 wurden 22.085 Erstanträge erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr (19.164) bedeutet dies allerdings einen Anstieg um 15,2 % (von 2006 auf 2007 ein Rückgang um 8,9 %). Aktuell steigen die Antragszahlen also wieder.

Die **Anerkennungsquote** (Anteil an den getroffenen Entscheidungen) lag von Januar bis Juli 2009 bei:

- Anerkennung als Flüchtlinge nach § 16a GG: 268 Personen, 1,6%
- Gewährung von Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskommission (GFK):: 4.993 Personen, 29,6 %
- Feststellung eines Abschiebungsverbot: 860, 5,1 %

Diese drei Personengruppen erhalten also ein vorübergehendes Bleiberecht.

Ablehnungen: 6.284, 37,1 %

- Formelle Entscheidungen (Zurückweisung nach Dublin II, Todesfälle, Antrag zurückgenommen): 4.485, 26,6 %
- Etwas über ein Drittel der Asylsuchenden (36,3%) kann also bleiben, über ein Drittel wird abgelehnt (37,1), also abgeschoben oder erhält eine Duldung und etwas weniger als ein Drittel wird nicht entschieden.
- Auch in Schleswig-Holstein wurden 2008 855 Asylerst- und Asylfolgeanträge gestellt - Anerkennungen gab es 129.

Duldung: vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (§ 60a AufenthG). Die sog. Duldung ist im juristischen Sinne kein Aufenthaltstitel, sie ist nur eine Bescheinigung darüber, dass die betroffene Person ausreisepflichtig ist, derzeit aber nicht abgeschoben wird bzw. abgeschoben werden kann.

Immer wieder kommt es zu jahrelangen "Kettenduldungen", da eine Abschiebung oder Ausreise faktisch nicht möglich ist: z.B. wird die Behörde sie als Staatenlose nicht los, es fehlen Reisedokumente, die Rückkehr ist allenfalls freiwillig zumutbar, der (unterstellte) Herkunftsstaat verweigert die Einreise oder kein Pilot traut sich, dorthin zu fliegen. Ein Zustand, der jahrelang dauern kann.

Bundesweit gibt es über 100.440 Geduldete (Stand 31.03.2009), in Schleswig-Holstein 1901 (Stand 30.06.2009).

Das Asylverfahren läuft...

In der Zeit des Asylverfahrens und nach einer Ablehnung werden die Schutzsuchenden durch das Asylbewerberleistungsgesetz versorgt. Das Gesetz sieht vor, dass AsylbewerberInnen und Geduldete mindestens 4 Jahre lang geringere Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bekommen als Deutsche. Das heißt sie erhalten weniger als für eine/ei-

nen Deutschen als notwendig für ein menschenwürdiges Leben erachtet wird. Zur Zeit - und seit langem nicht geändert - sind das 184,07 Euro zzgl. Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft - Hartz IV sieht 347 Euro zzgl. Wohnungsmiete vor.

Die Leistungen werden vor allem als Sachleistungen erbracht, d.h. Flüchtlinge werden in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, mit sehr beengten Verhältnissen. Sie erhalten eine minimale Gesundheitsnotversorgung bei akuten Krankheiten. Essen gibt es oft in der Kantine, in wenigen Fällen durch Gutscheine. Ein Taschengeld von ca. 40 im Monat muss für kulturspezifische Nahrungsmittel, Rauchwaren, Anwaltskosten, Schulmaterial, ÖPNV, Friseur und weitere Bedürfnisse reichen.

Konzentration in den Landesunterkünften

Die Landesunterkünfte für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein befinden sich in der Trave-Kaserne in Lübeck und in der Scholz-Kaserne in Neumünster. Bis Ende des Jahres 2009 ist eine Zusammenlegung beider "Einrichtungen" in Neumünster geplant. Kommunale Gemeinschaftsunterkünfte gibt es in ganz Schleswig-Holstein verteilt.

In Neumünster befindet sich auch das "Ausreisezentrum" mit in der Kaserne. Ausreisepflichtige, die nicht abgeschoben werden können, sollen hier zur "freiwilligen Ausreise" gebracht werden - aber was bedeutet "freiwillig", wenn es keine Wahl zwischen Bleiben oder Ausreisen gibt?

Viele Betroffene bleiben unbefristet in den Kasernen "wohnverpflichtet". Die psychische Belastung, interne Spannungen und die soziale Ausgrenzung in den Lagern sind hoch. Die Unterbringung in zentralen Lagern wird von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen entschieden abgelehnt. Auch der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein tritt für die dezentrale Unterbringung ein. Allerdings muss auch die dezentrale Unterbringung gewissen Standards entsprechen und menschenwürdig gestaltet sein.

Die Jahre des Asylverfahrens oder der Duldung sind wertvolle Zeit, die angesichts zahlreicher ausgrenzender Sondergesetze (Arbeitsverbot, Residenzpflicht) für die gesellschaftliche Integration und die persönliche Weiterentwicklung der betroffenen Flüchtlinge ungenutzt bleibt. Integrationsmaßnahmen gibt es nur für Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis haben und deren Aufenthalt auf Dauer angelegt ist. Der Zugang zu Ausbildung und Arbeit ist für AsylbewerberInnen und Geduldete sehr schwierig. Im ersten Jahr

gibt es nach Stellung eines Asylantrages ein generelles Arbeitsverbot, dann folgt das Nachrangigkeitsprinzip. D.h. anhand von einem konkret vorliegenden Arbeitsangebot wird geprüft, ob Deutsche oder andere Bevorrechtigte für den Arbeitsplatz zur Verfügung stehen.

Wie bei anderen MigrantInnen gibt es immer wieder nicht anerkannte Berufs- und Schulabschlüsse oder rassistische Ausgrenzung durch ArbeitgeberInnen. Auf der einen Seite wird problematisiert, dass qualifizierte Fachkräfte fehlen, auf der anderen Seite werden qualifizierte Flüchtlinge und AusländerInnen vom Zugang zum Arbeitsmarkt ferngehalten.

Flüchtlingen wird "Faulheit" und "Unwille zur Integration" vorgeworfen, tatsächlich sind sie anfangs meist hochmotiviert und bringen zahlreiche Kompetenzen mit, die allerdings durch die erzwungene Untätigkeit zu verkümmern drohen.

Anlaufstelle Integration

Lübeck. „Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck sieht eine große Chance für eine kulturelle Bereicherung der Stadt in der Integration der Menschen mit Migrationshintergrund, auch für die wirtschaftliche Zukunft des Standortes Lübeck.“

So beschloss die Bürgerschaft bereits in ihrer Sitzung im September 2003, in Zusammenarbeit mit betroffenen Einrichtungen und Trägern ein Integrationskonzept zu entwickeln. Im Februar 2004 wurde dann unter anderem die Einrichtung des „Forum für Migrantinnen und Migranten“ beschlossen. Die Gründungsveranstaltung fand in Juni 2007 auf Einladung von Senator Wolfgang Halbedel und unter Beteiligung mehrerer hundert Migrantinnen und Migranten statt im Kolosseum statt. Seitdem trat das Forum zweimal zusammen, das letzte Mal am 30. September 2009...

Ab 1. November diesen Jahres richtet die Hansestadt Lübeck im Verwaltungszentrum Mühlentor, Kronsfordter Allee 2-6, Haus Trave, 6. Stock die Anlaufstelle Integration ein. Hier werden zwei Mitarbeiterinnen für die Aufgaben des Integrationskonzeptes und den Vorstand des „Lübecker Forums für MigrantInnen“ zur Verfügung stehen...

Jetzt liegt es auch an den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, sich zu engagieren und die neuen Möglichkeiten mit Leben zu füllen.

- <http://www.die-linke-luebeck.de>
Kreisverband Lübeck, 27. 10.09.

Aus den Kreisen, Ortsverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften

Kreis Steinburg

Naziüberfall in Itzehoe

Alle Jahre wieder...

Auf die Geschäftsstelle der LINKEN Kreis Steinburg in Itzehoe, Große Paaschburg 23, wurde in der Nacht vom 5. Oktober ein Anschlag verübt. Unbekannte haben die Scheiben mit Steinen beworfen und damit den Eingangsbereich der Geschäftsstelle zum nunmehr dritten Male verwüstet. Neu ist der Umfang des Schadens, da diesmal auch die Eingangstür in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Der Kreisvorsitzende Bernd Kunert erklärte zum Vorfall, dass die guten Wahlergebnisse der LINKEN einigen Leuten wohl nicht behagen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf einen "Besuch" von Neonazis am Wahlabend, die erst nach mehrfacher Aufforderung die Geschäftsstelle wieder verließen. Eine Anzeige gegen Unbekannt ist gestellt worden. Es soll jetzt Zeugen geben, die den Vorfall gesehen haben.

- Kreiszeitung "Die Info Zeitschrift" 2/09

Kreis Helgoland

Was wird aus der James-Krüß-Schule?

Am 5. November entscheidet die Gemeindevertretung über die Zukunft der James-Krüß-Schule. Regional- oder Gemeinschaftsschule ist die Frage. DIE LINKE setzt sich für die Gemeinschaftsschule ein. Hier bleiben die Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse in ihren Klassenverbänden und es können weitere Lehrerstunden ausgewiesen werden. Ein weiterer Vorteil ist, wenn auch vorerst symbolisch, dass auch die Gymnasiasten anerkannt werden.

Außerdem besteht die Möglichkeit die James-Krüß-Schule in eine Ganztagschule umzuwandeln. Hier ist eine Einführung der gebundenen Ganztagschu-

Kreis Pinneberg

Naziüberfall in Elmshorn

Polizei verwechselt Opfer und Täter

Am Donnerstag veranstalteten die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen Elmshorn, Antifaschistische Initiative Elmshorn und die Werkstatt Utopie & Gedächtnis e.V. - Rosa Luxemburg Stiftung in S-H unter dem Titel "Neonazis in Nadelstreifen" eine Informationsveranstaltung über den Neofaschismus. Im Anschluss daran wurden mehrere Teilnehmer von Neonazis angegriffen, geschlagen und z.T. verletzt.

Scharf verurteilt Klaus-Dieter Brüggemann, Die Linke, das Verhalten der zur Hilfe gerufenen Polizei. So hat ein Beamter den Überfall mit den Worten "tja, damit müssen sie wohl rechnen, wenn Sie so eine Veranstaltung besuchen" kommentiert. Es wurde die Aufnahme einer Strafanzeige verweigert und dem Opfer ein Platzverweis erteilt. Brüggemann dazu: "Damit wird das Recht auf Informationsfreiheit infrage gestellt und Täter und Opfer verwechselt. Das ist nicht hinnehmbar. Es ist Aufgabe der Polizei die demokratischen Rechte zu schützen. Dazu gehört auch die Verfolgung neonazistischer Gewalttaten!" Die Linke fordert disziplinarische Konsequenzen.

- Klaus-Dieter Brüggemann, 11.9.09
DIE LINKE. Kreisverband Pinneberg

le, wie sie auch die Verwaltung der Gemeinde Helgoland vorschlägt von Vorteil. Hierbei besteht, im Gegensatz zur offenen Variante eine Schulpflicht an der nachmittäglichen Betreuung durch Lehrer und geschultes Personal. Dies schont auch die klapprige Gemeindekasse, denn das Land Schleswig-Holstein beteiligt sich an den höher werdenden Betriebskosten.

Die Gemeinschaftsschule als gebundene Ganztagschule könnte ein erster Schritt werden, das Abitur auch auf Helgoland zu ermöglichen.

- <http://www.die-linke-helgoland.de>
4. 11. 2009

Kreis Lübeck



Neonazi Überfall in der Hundestraße

Am späten Nachmittag des 18.09.2009 haben mehrere Neonazis einen Überfall auf das neue Parteibüro der Linken in der Hundestraße 14 in Lübeck verübt. Dabei haben sie die Fahne, die das Büro der Linken in der Hundestraße ziert, abgerissen, zerrissen und in Brand zu stecken versucht. Da die Fahne nicht brannte, griffen sie den Kreisvorsitzenden und Bürgerschaftsabgeordneten, Ragnar Lüttke, an und schleuderten ihn gegen die Glasscheibe der Stadtbibliothek, wobei er verletzt wurde.

Zwei Passanten, die Zeugen des Überfalls wurden und vor der Bücherei standen, wurden ebenfalls von den Nazis angegriffen. Die Nachbarschaft zeigte sich empört und besorgt, denn durch den groß angelegten Polizeieinsatz wurde deutlich, dass sich gegenüber der Bücherei offensichtlich eine Wohngemeinschaft von Neonazis eingenistet hat. Es ist damit zu rechnen, dass auch zukünftig die friedliche und nette Wohnatmosphäre in der Hundestraße durch das Treiben der Nazi- bande empfindlich gestört wird.

Dank gilt den schnell und besonnen handelnden Polizeibeamten, sowie den Nachbarn, die umgehend zu Hilfe eilten! Klar bleibt nach dem Überfall nur eines:

Hier ist kein Platz für Nazis!

- <http://www.die-linke-luebeck.de/>
Kreis Lübeck, OV Altstadt, 18.11.09.

Kreis Rendsburg- Eckernförde

Ratsversammlung in Eckernförde: Wechselnde Mehrheiten

Seitdem Ratsherr Micha Bund die SCDU-Fraktion verlassen hat und nun als Mitglied der „Freien Wähler“ fraktionslos agiert, kann die CDU nicht länger mit Hilfe einer einzigen kleinen Fraktion (z.B. SSW) Beschlüsse verhindern. Andererseits ergeben sich neue Mehrheitsverhältnisse, um sinnvolle Sachentscheidungen zu treffen.

So wurden zwei Anträge betriebs- „Schulsozialarbeit“ von SPD, GRÜNEN, FDP, LINKEN und Micha Bund angenommen. Anders als in der Ratsversammlung am 9. Juli 2009 zunächst beschlossen, werden zwei ganze und zwei halbe Planstellen nicht für freie Träger europaweit ausgeschrieben, sondern kommen in den städtischen Stellenplan.

Und wie von Eltern und SchülerInnen der Fritz-Reuter-Schule gewünscht, wird das Projekt „Blossom Tracks“ als eigenständige wohnumfeldbezogene Maßnahme erhalten. Auf Antrag der GRÜNEN wurde zudem der Beschluss zur Privatisierung der Pflanzenanzucht bei der Stadtgärtnerei rückgängig gemacht. LINKE und SPD hatten dies von vornherein abgelehnt, die GRÜNEN sich am 9. Juli zunächst der Stimme enthalten.

- <http://www.die-linke-rendsburg-eckernfoerde.de/> 7. 0.2009

Keine Kündigungen bei Jungheinrich in Norderstedt bis 2014

Entgegen der Androhung der Geschäftsleitung wird es bei dem Gabelstaplerhersteller Jungheinrich in Norderstedt keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Der Betriebsrat hat in harten und zähen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung am 8. 10.09 ein Verhandlungsergebnis über Eckpunkte zu einem Interessenausgleich und Sozialplan erreicht, das betriebsbedingte Kündigungen bis zum 31.12.2014 nahezu ausschließt. ...

Statt der angedrohten 170 Entlassungen sollen jetzt 120 Arbeitsplätze freiwillig abgebaut werden. Das Angebot richtet sich vor allem an ältere Beschäftigte. In der Transfergesellschaft und der übrigen (arbeitslosen) Zeit bis zur Rente erhalten sie von dem Unternehmen eine Aufstockung, so dass sie auf 90 Prozent ihres bisherigen Netto-Einkommens kommen...

Kreis Segeberg OV Norderstedt

Solidarität mit den MitarbeiterInnen von Johnson & Johnson...

Die Mitglieder des Ortsverbandes der Partei DIE LINKE solidarisieren sich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der von Entlassung bedrohten Norderstedter Firmen.

Bei Johnson & Johnson soll vor dem Schleier der von Bänkern und Spekulanten verursachten Weltwirtschaftskrise schnell noch einmal der Druck auf die Löhne verstärkt werden. Dabei scheut sich die Geschäftsleitung auch nicht, gegen ihr selbst gegebenes Firmen Credo zu verstoßen: „Verantwortung tragen wir ... für unsere Mitarbeiter, für die Frauen und Männer, die auf der ganzen Welt bei uns tätig sind. Jeder von ihnen ist als Individuum zu achten. Ihre Würde muss respektiert und ihre Verdienste müssen anerkannt werden. Sie müssen auf die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes vertrauen können. Die Vergütung für die Arbeit muss fair und angemessen sein...“

Für die ArbeiterInnen des Norderstedter Werkes kann dies nur noch wie Hohn klingen. Heute Morgen um 06:30 trafen sich die Kollegen der Nacht- und Frühschicht vor dem Werkstor und protestierten lautstark gegen die erst am Freitag unter Umgehung des Betriebsrates beschlossene und verkündete Entlassungswelle von immerhin 40% der MitarbeiterInnen der Produktion bis 2011. Und dies, obwohl der Standort nicht nur wirtschaftlich erfolgreich, sondern auch die Produkte, die hier von hoch qualifizierten MitarbeiterInnen produziert werden, weltweit einmalig sind. Von einer verantwortungsvollen Geschäftsführung kann da wohl nicht mehr die Rede sein...

- <http://www.die-linke-segeberg.de>



Allerdings mussten Zugeständnisse gemacht werden bei den übertariflichen Zulagen. Noch im August 2009 stand die Zukunft des Werkes Norderstedt auf der Kippe: Vorstand und Werkleitung forderten 170 betriebsbedingte Kündigungen sowie massive Kürzungen bei den Personalkosten wie u.a. Kürzung des Urlaubs- und Weihnachtsgelds und Umstellung von Akkord- auf Zeitlohn. Diese Forderungen erfolgten mit der Androhung von Produktionsverlagerungen und sogar der kompletten Werkschließung in Norderstedt.

Mit dem Motto „Wir lassen uns nicht erpressen“ demonstrierten die IG Metall-Vertrauensleute gemeinsam mit rund 500 Beschäftigten in einer „Weckruf-Aktion“ (siehe Bild oben) an der Konzernzentrale in Hamburg unmittelbar vor einer Sitzung des Aufsichtsrats für ihre Arbeitsplätze und gegen massive Einkommensverluste.

- Medien-Information IG Metall Hamburg, 26.10.09

Kreis Kiel

Rot-grüner Jubel über Kiel-Pass

Initiative der LINKEN verschwiegen

Zur Einführung eines Kiel-Passes für Menschen mit niedrigem Einkommen und der entsprechenden Pressemitteilung der Ratsfraktionen von SPD und Grünen erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Kieler Ratsfraktion DIE LINKE, Ratsfrau Ayse Fehimli:

„Die rot-grünen KollegInnen haben zu erwähnen vergessen, dass die Initiative zur Einführung eines verbilligten Bustickets durch die Ratsfraktion DIE LINKE, ihre Anträge und Anfragen im Sozialausschuss und der Ratsversammlung gegen zahlreiche Widerstände ausging. Dieses Ticket ist im Themenkomplex Kiel-Pass erst die wesentliche Voraussetzung, damit Menschen mit niedrigem Einkommen überhaupt zu den vergünstigten kulturellen Angeboten gelangen können. ..

„Der rot-grüne Jubel ist zudem verfrüht, weil der Zeitpunkt für das wesentliche Element dieses Passes, das verbilligte Bustickets (wohl erst Mitte 2010) noch nicht absehbar ist.“

- <http://www.dielinke-kiel.de/>
Ratsfraktion, 28. 10. 2009

Kieler Rats-Linke spaltet sich in zwei Fraktionen

Ingrid Zimmermann und Bernd Jenning scheren aus

Die Rats-Linken Ingrid Zimmermann (Vorsitzende im Jugendhilfe-Ausschuss) und Bernd Jenning haben brieflich ihren Austritt aus der Fraktion erklärt. Der Linke-Fraktionschef Florian Jansen zeigte sich „überrascht“ - noch in der Wahlnacht habe er von der Spaltung „nichts geahnt“. ..

„Die Atmosphäre in der Fraktion ist mehr von persönlichen als von politischen und sachlichen Inhalten geprägt.“ Nun ziehe man die Konsequenz, um sich „der Arbeit, die durch unser Wahlprogramm vorgegeben wurde, zu widmen“, schrieben die Abtrünnigen.. . Im Zentrum der Verärgerung stand aber eine frühere Abstimmung über das bürgerliche Mitglied der Linken, Andreas Regner: Er war im Sommer gegen den Widerstand von Zimmermann und Jenning aus dem Innen- und Umweltausschuss abberufen worden...

Die Frage, ob eine Partei in den Genuss gleich zweier Fraktionen samt Personal, Büro und Sachmitteln kommen dürfe, wurde von dem Stadtsprecher Tim Holborn dahingehend beantwortet, dass eine Partei mehrere Ratsfraktionen haben dürfen. Bei CDU, SPD und Grünen löste dies Empörung aus. Fraktionsvorsitzender Florian Jansen gab sich veröhnlich: Er würde sich freuen, wenn Jenning und Zimmermann zur Fraktion zurückfänden.

- Auszüge aus den Kieler Nachrichten, Boris Geissler - 29.09.2009

Enttäuschungen, Vorwürfe, Austritte...

Auszüge aus Dokumentationen und Stellungnahmen

Kreis Ostholstein

Gedanken zum Austritt...

..aus der Partei DIE LINKE OSTHOLSTEIN

Mit viel Betroffenheit und großem Gerechtigkeitssinn bin ich im Juli 2007 in DIE LINKE KV Ostholstein eingetreten, weil ich Politik solidarisch mitgestalten wollte. Ich habe in dieser Partei viele Freunde kennen und schätzen gelernt...

...Trotz ...Störfeuer habe ich in Eutin und Ostholstein mit meinen solidarischen Genossen Politik gestaltet, die uns zunächst auch Zuspruch brachte. Die zunehmenden Hemmnisse aus Stockelsdorf und die damit verbundene Lähmung des Kreisvorstandes - weil dieser sich ständig damit beschäftigen musste - machte die politisch inhaltliche Arbeit sehr schwer.

...Sie (die Mitglieder der ostholsteinischen Kreistagsfraktion) ...haben ihre politische Arbeit nicht transparent in die Öffentlichkeit bzw. in die Partei getragen. Seit 1 ½ Jahren, weiß kein Bürger in Ostholstein und kein Mitglied in dieser Partei, was die Kreistagsfraktion eigentlich für Anträge gestellt hat.

...haben mehrere Mitglieder der Partei und des Kreisvorstandes einen Forderungskatalog erstellt und um Stellungnahme gebeten, mit dem Ziel einen gemeinsamen Weg zu einer besseren Zusammenarbeit zu finden. Die Fraktion um Dr. Francisco Lameiras hat daraufhin beschlossen, die beratenden Mitglieder, Astrid Littmann, Hans-Jürgen Hoyer, Stephan Kanthak und mich ohne persönliche Anhörung abzusetzen; damit setzte sich die unpolitische Handlungsweise der Fraktion weiter fort. Eine Stellungnahme - wie vom Kreisvorstand gewünscht - erfolgte nicht.

...Ein weiterer Grund für mich in der Partei Die LINKE nicht mehr aktiv zu sein, ist die schleichende Sozialdemokratisierung des Parteiprogramms und dass ständig durch den Bruch der Satzung der Partei Mehrheiten und Entscheidungen zu Gunsten von Karrieristen auf der Landesebene verändert und beeinflusst worden sind. Die Satzung ist für mich das Gesetz der Partei!

Wie soll eine Partei, die ihre eigene Satzung bricht, über Gesetze im Land und Bund entscheiden? Damit ist die Partei die LINKE für mich nicht mehr wählbar...

- "scharf links", Debatte
Volker Rätzke, 22.08.09

Kreis Plön

„Über den konterrevolutionären Charakter der Partei DIE LINKE“

...„Die Linke will selbst mitten in der gegenwärtigen Systemkrise den Kapitalismus nicht überwinden, sondern ihn lediglich verbessern, „Arzt am Krankenbett des Kapitals“ spielen. Von der gesellschaftlichen Hauptkraft, welche fähig wäre, das System zu überwinden - der Arbeiterklasse als dem gesellschaftlichen Subjekt - ist nirgendwo mehr die Rede. Von der sozialistischen Zielstellung ist ebenso wenig zu lesen wie von der Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln...“

- Aus der Erklärung (per e-Mail)
von Hajü Schulze, vom 20.9.2009,

Presseerklärung: Mandate zurückgeben!

Angelika Hannappel und Harald Bleckert haben am 23.09.2009 ihren Austritt aus der Partei DIE LINKE erklärt. Mit unserem Genossen Bernd Friedrich bildeten die beiden bis zu diesem Zeitpunkt die Fraktion unserer Partei im Plöner Kreistag.

Nach eigenem Bekunden wollen Frau Hannappel und Herr Bleckert künftig als Zwei-Personen-Fraktion dem Plöner Kreistag angehören, obwohl sie nun über keine politische Basis mehr verfügen. Die Gesetze unseres Landes lassen so etwas bislang zu., doch für den Kreisverband DIE LINKE. Plön stellt ein solches Vorgehen eine klare Missachtung des Wählerwillens dar. Weder Frau Hannappel, noch Herr Bleckert wurden im Mai 2009 als Direktkandidaten in den Kreistag gewählt. Sie erhielten ihre Sitze über die Liste unserer Partei. Das heißt, unsere Wählerinnen und Wähler wollen von Linken vertreten werden und nicht von Personen, die sich in unbestimmtem politischem Fahrwasser bewegen.

Der Kreisverband hat Frau Hannappel und Herrn Bleckert deshalb aufgefordert, ihre Mandate unverzüglich an DIE LINKE.Plön zurück zu geben, um dem demokratischen Wählerwillen Rechnung zu tragen...

- Vorstand des Kreisverbandes Plön der Partei DIE LINKE: Silke Anlahr, Eva Romig, Gabi Gschwind-Wiese, Mike Möllenhoff, 10.10.2009

Kurz vor der Wahl: Austrittswelle oder Eintrittserfolge ?

„30 von ehemals 60 Mitgliedern haben der Partei in den vergangenen Wochen den Rücken gekehrt, 24 allein in dieser Woche“, berichtet Ex-Kreischef Jörn Seib.... Auch der bisherige Fraktionschef der Linken im Plöner Kreistag, Harry Bleckert, gab sein Parteibuch gestern zurück. „Mit mir sind allein in unserem Kreisverband acht von 35 Mitgliedern ausgetreten, darunter ist die Hälfte aller Aktiven im Kreis.“...

Seib und Bleckert riefen dazu auf, am Sonntag den SSW zu wählen. Auch der Lübecker Linke Peter Wolter – er war 1999 Bürgermeisterkandidat – trat gestern unter Protest aus. Ihn habe vor allem entsetzt, dass es in der Schiedskommission der Partei zu „Rechtsbeugung und Rechtsbrechung“ gekommen sei. Dort sei nichts gegen die satzungswidrige Aufstellung von Delegierten für Parteitage unternommen worden... Das Landtagswahlprogramm sei den Mitgliedern von Parteigremien aufgedrückt worden.

Cornelia Möhring wies die Kritik zurück: „In einer jungen Partei hakelt es immer mal.“ Das Wahlprogramm sei offen diskutiert worden, der Austritt der Neumünsteraner sei schon länger angekündigt gewesen... Man habe im Land aber 1200 Mitglieder, täglich gebe es zehn Neueintritte, heißt es in der Kieler Parteizentrale, da werde man, so Möhring, „auch in Neumünster wieder neue Strukturen aufbauen“.

- Auszüge aus „Lübecker Nachrichten“ (Wolfram Hammer) vom 24.9.09

Rücktritt als Sprecherin der LAG Umwelt und der LAG Hartz IV

Stellungnahme von Angela Whyte

Von Seiten des Landesvorstands und der übrigen Parteigremien in Schleswig-Holstein findet keine konstruktive Zusammenarbeit und keine angemessene Berücksichtigung der LAG Umwelt statt. Ob es die Verwendung von gewiss nicht als umweltfreundlich einzustufenden Easypates im Wahlkampf ist oder die Nichtverwendung von Ökostrom im neuen Büro der Landesgeschäftsstelle. Bereits als ausgefochten geglaubte innerparteiliche umweltpolitische Errungenschaften und Beschlüsse werden mit einer neuen Besetzung der Gremien ohne Diskussion hinfällig.

Eine Kontaktaufnahme zu den Partei-

mitgliedern vor Ort wegen der Kohlekraftwerke in Brunsbüttel war trotz mehrerer Versuche nicht erfolgreich, ebenso wenig die Kontaktaufnahme zu den kommunal Verantwortlichen in den Umweltausschüssen. Eine konstruktive Arbeit für landespolitische Themen wie der Erhaltung des Wattenmeers/Elbvertiefung, der Verschmutzung der Meere (Plastikmüll, Munitionsaltlasten, Gazpromleitung), Schleppnetzfisherei, Fehmarnbeltquerung, Müllimporte... wird durch einen nicht funktionsfähigen Kommunikations- und Informationsweiterleitungsapparat in der Partei zur unüberbrückbaren Hürde. Dabei sollte gerade hier im Hinblick auf die globale klimapolitische Kri-

Alle wollen regieren, ich möchte positiv verändern

Ich bin schon kurz nach der Gründung in die WASG eingetreten. Dort wurde ich später als Landessprecherin gewählt und war nach der Fusion auch Mitglied im Landesvorstand...

Aber wenn der Landesvorstand nicht willens oder in der Lage ist, mit Kreisverbänden zusammenzuarbeiten, die von ihm abweichende Meinungen vertreten und deren Positionen konstruktiv mit in seine politische Arbeit zu integrieren, kann der LaVo nicht (gerade in diesem Superwahljahr) mit einer notwendigen breiten politischen Unterstützung der Genossinnen und Genossen rechnen. Freiheit und Demokratie bedeuten, die Meinungen anderer zu respektieren...

Die Diskussionen über das Parteiprogramm werden auf die Zeit nach der Wahl vertagt... Die Eckpunkte, die sich die Partei gegeben hatte, werden mehr und mehr aufgeweicht. So ist es bei Hartz IV und bei der sofortigen Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr der Fall, um nur zwei Beispiele zu nennen...

Die vergangenen Landtagswahlen, bei denen die Linke selbst aus der Union Wähler abspenstig machte, scheinen dies nur zu bestätigen. Dies ist jedoch nicht das Ziel, wofür sich viele Mitglieder der LINKEN - besonders in den alten Bundesländern - einmal gestellt haben. Sie wollen eine antikapitalistische Gesellschaft, die auf der Basis der BürgerInnen zustande kommt..."

- "scharf links" Debatte, Angelika Hannappel, 23.9.09.

se ein Schwerpunkt jeder Partei liegen. ... Es bleibt mir unverständlich, warum die Gremien der Partei sich nicht aktiv des Fachwissens einer Landesarbeitsgemeinschaft und ihrer Mitglieder bedienen und diese zu Rate ziehen...

2. Es bedarf einer starken und engagierten Mitgliedschaft, um über die Forderung „Hartz IV muss weg“ hinaus zu diskutieren, was dann an die Stelle von Hartz IV treten soll... Weder eine Forderung gegen Sanktionen noch die Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums fanden in dem Wahlprogramm der Linken zur Landtagswahl Berücksichtigung. Die noch vom letzten Landesvorstand propagierte Förderung der Landesarbeitsgemeinschaften findet nun Berücksichtigung, indem im Parteihaushalt kein Cent für die LAGen zur Verfügung gestellt wird...

- Aus einer e-Mail vom 4.10.2009

Austrittserklärung aus der Partei "DIE LINKE" von Jörn Seib

Im Juli 2005 bin ich voller Enthusiasmus und Begeisterung in die Partei "Die Linke" eingetreten, habe zur Bundestagswahl im Jahr 2005 beachtliche Erfolge in Trappenkamp erzielen können und habe daraufhin als Gründungskreisvorsitzender den Kreisverband Neumünster aufgebaut. .. Zur Kommunalwahl 2008 hatte der Kreisverband Neumünster das beste Ergebnis auf Kreisebene mit 13,25 % in Westdeutschland erzielt...

- Der leichtfertige Umgang der Partei mit den in Lübeck stattgefundenen Stalinfeiern ist eine große Enttäuschung gewesen, der auch den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr zu vermitteln ist.

- Am 13. September wurden zwei Dithmarscher Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen, weil sie mit einer satirischen Plakataktion auf die Missstände in ihrem Kreisverband aufmerksam machen wollten...

- Als Vater eines 2 1/2-jährigen Sohnes halte ich die Verantwortungslösung um die Kommentierung zum Spätabtreibungsgesetz für einen Skandal. Weder die Landessprecherin und Bundestagskandidatin Cornelia Möhring noch die Landtagskandidatin und Lübecker Fraktionsvorsitzende und Vorstandsmitglied Antje Jansen, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen, haben auf die Kritik an dem Artikel reagiert...

- Zur Bundestagswahl wurde dem Kreisverband Neumünster der Direktkandidat Martin Schmielau vorgesetzt, der vor wenigen Jahren noch in der Schillpartei aktiv war. Der Vorschlag kam von dem Kieler Kreisvorsitzenden Heinz Wieser, der sich im Wahlausschuss mit einer Enthaltung nicht eindeutig gegen den Wahlantritt der NPD stimmte... Die Partei setzt sich für ein NPD-Verbot ein und fordert eine Offenlegung der politischen Vita... Wir arbeiten in Neumünster eng mit der antifaschistischen Bewegung zusammen, so ein Kandidat geht da einfach nicht.

- In diesem Jahr hat sich abgezeichnet, dass die Partei sich zu einer zunehmend zentralistischen Organisation entwickelt statt dem pluralistischen Prinzip zu folgen, inhaltliches Engagement aus der Mitgliedschaft wird abgebügelt, inhaltliche Anträge werden in Programmkommissionen verschoben, die nie gegründet wurden oder einfach abgewiesen wie das zu dem Parteitag im Januar vorgelegte 100-Punkte-Programm des Neumünsteraner Kreises zur Landtagswahl...

- Mehr Mitbestimmung in der Gesellschaft zu fordern und sie in der eigenen Partei nicht zuzulassen fördert nicht das Vertrauen in die Inhalte der Partei. Wir können und wollen die Partei "Die Linke" als Wolf im Schafspelz nicht länger decken. Um weiterhin eine glaubwürdige Politik vertreten zu können, haben wir uns zum Austritt aus der Partei "Die LINKE" entschieden.

- Jörn Seib, 24.9.2009

Zusammenschlüsse brauchen wir nicht... oder: Wiegen und zu leicht befinden?

Es fing damit an, dass die Zugangsdaten zur Pflege des kommunistischen Plattform (KPF)-Bereichs auf der Homepage des Landesverbands nicht mehr funktionierten, dann verschwand die KPF-Seite ganz auf der Homepage. Ein Schreiben an den Landesvorstand blieb unbeantwortet, dafür gab es dann auf der LaVo-Sitzung diesen Beschluss:

"Der Landesvorstand beschließt, den Status aller Landesarbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse zu überprüfen. In Vorbereitung der Überprüfung werden die SprecherInnen der LAGs gebeten, den aktuellen Status bis zum 30. Oktober aufzulisten (Mitglieder, Anzahl, Kreise, Aktivitäten, Planungen). Der Landesrat wird im Anschluss daran ggf. über die Aberkennung des Status als Zusammenschluss entscheiden."

Wenn der Landesrat diesem Beschluss folgt, könnte eine der Konsequenzen sein, dass Zusammenschlüssen kein Platz mehr auf der Landeshomepage zugestanden wird. De facto hat man diesen Schritt bei der KPF schon im Vorwege vollzogen, ohne dass der Landesrat sich überhaupt mit dem ganzen Thema befasst hat. Der Landesrat sollte sich aber darüber im Klaren sein, dass eine derartige Zensur in Form der Statusaberkennung weder in der Landes- noch in der Bundessatzung überhaupt vorgesehen ist, sondern höchstens dieser Passus anwendbar ist im §5, Abs.8 der Landesatzung:

Landesweiten Zusammenschlüssen, die in ihren Beschlüssen oder in ihrem politischen Wirken erheblich und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms, der Satzung oder Grundsatzbeschlüsse der Partei verstoßen, kann durch einen Beschluss des Landesparteitages oder des Landesrates ihr Status aberkannt werden.

So böse - oder dumm - ist selbst die KPF nicht... Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass bewußt vorgegangen wird, um inhaltliche Kritiken zu verhindern - darüber sollten sich alle Zusammenschlüsse im Landesverband klar werden...

Somit muss es die Aufgabe des Landesverbands, inklusive des Landesvorstandes und Landesrates, sein, sich Gedanken zu machen, welche Mittel und Wege es gibt, die verschiedenen LAG'n zu fördern und zu stärken, in ideeller, materieller und sonstiger Weise. Sie einfach attraktiver zu machen, ihnen mehr Gehör zu verschaffen, anstatt darüber zu urteilen, wie effektiv sie sind. - Claus Samtleben, 21.10. / 2.11.2009

PS vom 21.10.09: Inzwischen wurden die Zugangsdaten für die Seite Kreis Pinneberg und KPF wieder installiert.

Die Redaktion "Info DIE LINKE" möchte sich in der nächsten Ausgabe ausführlich mit dem Thema § 218 befassen.

- Verschärfung des Abtreibungsparagrafen
- Staatliche Einmischung
- Soziale Ursachen
- Selbstbestimmungsrecht der Frauen

Aus vielen Stellungnahmen von LINKEN GenossInnen und vor allem auch der jetzt Ausgetretenen war diese Frage von großer Bedeutung. Darüber sollte diskutiert werden.

Schreibt uns eure Meinungen, Kritiken oder bereichert uns mit gründlichen Untersuchungen.

INFODIE LINKE.
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 11. November 2009

Online-Zeitung und z.T. Printausgabe

Herausgeber: DIE LINKE. SH, Landesrat, 24103 Kiel, Sophienblatt 19,
Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: info@linke-sh.de

Die Redaktion: Mitglieder: Wolfgang Beutin, Daniel Dockerill, Ralf Iden,
Karl-Helmut Lechner, Brigitte Sawirucha. eMail: Zeitung@linke-sh.de
Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: Edda.Lechner@wtinet.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.